

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Haushaltsrede 2015

Vorgetragen durch

**Josef Mischko
Fraktionsvorsitzender**

Es gilt das gesprochene Wort!



Ostalb

Herr Landrat,

meine Damen und Herren,

wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Wir haben als SPD eine klare Position bei der Kreisumlage und hatten diese schon im vergangenen Haushaltsjahr. Dieser Haltung haben wir in langer Diskussion erneut abgewogen und stehen für eine Senkung um 0,5%-Punkte bereit!

Wir erkennen die strukturellen Finanzierungsprobleme vieler Kommunen in unserer Region. Nutzen wir die guten Zeiten niedriger Arbeitslosenquoten und einer brummenden Wirtschaft. Lassen wir den Kommunen die Luft zum Investieren, denn diese Investitionen tragen auch entscheidend zum Erfolg unseres Ostalbkreises bei. Genau gesagt, sie landen direkt bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Trotz der Hebesatzänderung erhöht sich die Kreisumlage und spült mehrere Millionen zusätzlich in die Kreiskasse. Deshalb muss niemand in der Kreisverwaltung Angst haben, dass im nächsten Jahr das Geld ausgeht. Im Gegenteil. Auf die Rekordsumme Kreisumlage von 2015 kommt noch ein Päckchen drauf. Der Kreis hat einige Sorgen, Geldsorgen hat er allerdings keine.

Sie sind gefordert, liebe Kolleginnen und Kollegen Kreisräte, zeigen Sie Ihren Willen und machen Sie mit!

Kliniken

Herr Landrat, meine Damen und Herren,

Wir müssen weiterhin einen scharfen Blick auf unsere Kreiskliniken richten.

Die SPD-Fraktion steht ohne Wenn und Aber zu den drei Krankenhäusern im Landkreis. Dies muss im Klinikkonzept 2020 sichergestellt werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Kliniken leisten eine hervorragende Arbeit, die die medizinische Versorgung der Menschen in unserer Region auf einem ausgesprochen hohen Niveau sicherstellt.

Dafür sagen wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein herzliches Dankeschön.

Die Krankenhausleitungen sehen sich allerdings durch die demografische Entwicklung sowie den medizinische Fortschritt mit seinen technischen Errungenschaften und den damit verbundenen Kostensteigerungen vor große Herausforderungen gestellt.

Die SPD-Fraktion fordert daher einen weiteren Ausbau der Schwerpunktbildung mit Kompetenzzentren und einer möglichst breiten Vernetzung und Zusammenarbeit unter den einzelnen Kliniken.

Der schlechte Gesetzesentwurf des Krankenhausstrukturgesetzes konnte durch den massiven Aufschrei des Klinikpersonals, die Solidarität von Landräten, Bürgermeistern und Kommunalpolitikern sowie den vernünftigen Teil innerhalb der großen Koalition in Berlin verhindert werden. Gut. Allerdings fehlt eine auskömmliche Finanzierung des Personals im Gesetz. Das ist sehr schlecht!

Wir, die SPD, stehen für die Belange des Pflegepersonals sowie die ärztliche Versorgung.

Ich halte 2 Dinge fest:

Erstens: Der Ostalbkreis investiert mächtig in Gebäude, Ausrüstung und Infrastruktur.

Zweitens: Investition in Pflegepersonal - auch hier – Fehlanzeige!

So stellen wir fest, dass in **Aalen** 18,7 Vollzeitkräfte fehlen und weiter, dass Pflegefachkräfte gegen schlechter bezahlte Stationsassistenten ausgetauscht werden.

Für **Ellwangen** stellen wir fest, es findet eine Personalreduzierung in der Pflege trotz erheblicher Leistungssteigerung / Fallzahlsteigerung statt. In der Service GmbH sind nahezu 40% der Beschäftigten befristet. Das ist nicht in unserem Sinn.

In **Mutlangen** wird uns berichtet, ist zwar noch Personal ausreichend vorhanden, es besteht jedoch die Sorge, dass Stellen gestrichen, bzw. gegen schlechter bezahltes Personal ausgetauscht wird.

Die Personalsituation in allen drei Kliniken ist auf Kante genäht.

Dieser unhaltbare Zustand muss sich sofort ändern! Wir stehen als SPD fest an der Seite der Kolleginnen und Kollegen.

Wir meinen, der Stellenwert einer humanen Medizin zeigt sich auch darin, wieviel Personalstellen sie uns in unseren Kliniken Wert ist! Aus diesem Grund stellen wir als SPD folgenden Antrag:

Antrag: Personalengpässe in den drei Kliniken sind durch sofortige Einstellungen von qualifizierten Pflegekräften zu beheben. Die Landkreisverwaltung erstellt ein Personalkonzept. Die entstehenden Mehrkosten sind vom Kreis zu tragen.

Bildung

Herr Landrat, meine Damen und Herren,

Bildung und Weiterbildung sind die zentralen Kernfragen der regionalen Entwicklung für die kommenden Jahrzehnte. Massiv wird auf der Ostalb investiert. Unsere Berufsschülerinnen und Berufsschüler von heute werden für die Anforderungen von morgen qualifiziert. Das Stichwort Industrie 4.0 zeigt die Richtung wohin die Zukunft geht. Zusätzlich stemmen wir die Integration von Flüchtlingen, die beginnt in den Vorbereitungsklassen.

Industrie, Handwerk und Dienstleistung funktionieren nicht ohne eine solide Bildung. Und diese bieten wir vom Ostalbkreis. Die SPD stellt fest, unsere Kreisberufsschulen sind gut aufgestellt. Wir danken den Lehrerinnen und Lehrern für ihren starken Einsatz und nicht nachlassenden Bildungswillen.

Als SPD kritisieren wir, dass sich Privatschulen finanziell lukrative Fächer aus den Berufsschulen herauspicken. Diese Schülerinnen und Schüler fehlen an unseren öffentlichen Einrichtungen. Das darf nicht geduldet werden! Dieser Konkurrenzkampf wird auf dem Rücken der jungen Menschen ausgetragen und schadet unserem Bildungssystem. Wir fordern eine gerechte Aufgabenverteilung. Herr Landrat, setzen sie sich auch dafür ein!

Bildungsbüro

Die SPD will das Bildungsbüro des Ostalbkreises stärken. Es ist die Drehscheibe für zentrale Fragen der Bildung für junge, erfahrene und ältere Menschen. Dies gilt für Einheimische und im zunehmenden Maß auch für

neue Mitbürgerinnen und Mitbürger, es wird in Zukunft eine noch wichtigere Funktion einnehmen!

Die tolle Arbeit, die dort erbracht wird, darf nicht in Unsicherheit und befristeten Beschäftigungsverhältnissen erfolgen. Das Bildungsbüro ist leider immer noch befristet angelegt. Deshalb beantragen wir als SPD:

1. Antrag: Die sofortige Aufhebung der Befristung des Bildungsbüros. Die mit dem Bildungsbüro verbundenen befristeten Arbeitsverhältnisse sind ebenfalls umgehend zu entfristen.

2. Antrag: Das Bildungsbüro erhält den Auftrag, die Kompetenzen von Lehrern/innen in Fragen von Asylbewerbern/innen und Migranten/innen zu vernetzen.

Hochschulen

Unsere Hochschulen stärken massiv den Wirtschafts- und Lebensstandort Ostalbkreis. Die Hochschulen sind aber auch ein wichtiger Integrationsfaktor für Flüchtlinge in unsere Gesellschaft.

Mit der PH Schwäbisch Gmünd verfügt der Ostalbkreis sogar über Kompetenzen zum Thema Flüchtlinge mit einem Alleinstellungsmerkmal. Ziel, die schnelle Einbindung von Flüchtlingen in die Bildungsprozesse.

Die Region Ostwürttemberg benötigt eine im Vergleich zu anderen Regionen überproportionale Stärkung der Infrastruktur für die akademische Bildung und Forschung.

Hochschule Aalen:

Die Hochschule Aalen muss als Innovationsmotor in allen Bereichen, Informationstechnik und Wirtschaft weiter gestärkt werden. Langfristige und nachhaltige Unterstützung der Strategie zur Gewinnung von technischem Nachwuchs (Explorhino) bis zur Transfer- und Gründungskultur

(Innovationszentrum) durch die Region und die Wirtschaft ist erforderlich.

Unsere Hochschule Aalen ist in der Finalrunde im Wettbewerb um Fördermittel aus dem 100 Mio. € Bundesprogramm. Wir gratulieren, drücken die Daumen für Rektor Prof. Dr. Gerhard Schneider und seinem Team und hoffen mit ihnen auf einen hohen Zuschuss!

Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd:

Die Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd hat eine lange Tradition in der Lehrerbildung. Und dies seit 1825. Ehemals Lehrerseminar hat sie heute Universitätsstatus mit einem breiten Studienangebot.

Mit dem Schülerlabor UNICORNER leistet die PH einen wichtigen Beitrag zur Förderung des technisch-naturwissenschaftlichen Nachwuchses, gerade auch bei jungen Frauen.

Derzeit werden 2.800 Studierende auf einen Beruf im Bildungs- oder Gesundheitssektor vorbereitet.

Die Möglichkeit für eine Gymnasiallehrausbildung würde das Angebot abrunden und den Standort weiter sichern.

Deshalb beantragt die SPD:

Antrag: Es müssen alle Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Gymnasiallehrausbildung an der PH stattfinden kann. Wir fordern daher einen Neubau auf dem PH-Campus. Schnellstmöglich muss der Kreis also seiner fest zugesagten Unterstützung der PH im Zusammenhang mit NIO endlich nachkommen.

Hochschulstandort Ellwangen:

Die SPD steht zur europäischen Ausbildungs- und Transferakademie (EATA) und zur Gesundheitsakademie. Ellwangen ist für uns ein komplementärer Hochschulstandort.

Allerdings erteilen wir einer Umwidmung der Hochschulen in eine Ostalbhochschule eine deutliche Absage. Bewährte Markennamen sollten nicht ohne Not umgedichtet werden. Die etablierten Hochschulen haben eine wichtige Funktion für die großen Kreisstädte und strahlen in die gesamte Region.

Umwelt

Weiteren Handlungsbedarf sehen wir im Bereich der Umwelt, meine Damen und Herren. Ob das die Elektromobilität oder die Schonung unserer Ressourcen ist, nehmen wir Möglichkeiten vor Ort wahr!

Es ist kein Geheimnis, dass neben Krieg und Terror in Zukunft das Klima die Fluchtursachen stark beeinflussen wird. Schon heute geht die UNHCR von

mehr als 250 Millionen Menschen aus, die „auf ihren gepackten Koffern“ sitzen.

Als eine der wohlhabendsten Regionen in der Welt ist es unsere Pflicht, mit den gegebenen Ressourcen sparsam umzugehen.

Nehmen wir als Kreis unsere Vorbildfunktion an und zeigen beim knappen Gut „Wasser“, dass wir etwas tun, denn da ist bei den Gebäuden des Kreises mehr möglich.

Mehr muss auch beim Thema Elektromobilität möglich sein. Die Akteure im Energiebereich müssen sich stärker für einfache und überall gleich funktionierende Ladestationen sowie regionale Tankstellenkarten stark machen. Dies schützt letztendlich nicht nur unsere Umwelt, sondern ist wichtig für unsere Wirtschaft, besonders die Automobilindustrie. Verschlafen dürfen wir hier nichts!

Wir beantragen deshalb:

1. Antrag: Ein nachhaltiges Wasser- und Abwasserkonzept für die landkreiseigenen Gebäude, welches den Verbrauch Jahr für Jahr drastisch senkt. Dies gilt gleichermaßen für fossile Brennstoffe.

2. Antrag: Die SPD fordert, dass die Fahrzeugflotte des Landkreises Stück für Stück auf Elektrofahrzeuge umgestellt wird. Eine App für regionale Elektrotankstellen ist zu erstellen. Das Elektrotankstellenbenutzersystem soll langfristig in Absprache mit den regionalen Akteuren vereinheitlicht werden.

Infrastruktur

Wir stellen fest: In den Ostalbkreis kommt mehr Mobilität.

Internetmobilität:

Mit der Initiative zum Breitbandausbau geht der Kreis den richtigen Weg und es ist gut, dass die Grün/ Rote Landesregierung hohe Beträge zur Förderung dieser Infrastruktur bereitstellt. Nicht nur für die Wirtschaft, sondern gerade für die Bevölkerung im ländlichen Raum ist das schnelle Internet von hoher Bedeutung, denn die Digitalisierung schreitet schnell voran. Die Vernetzung von Menschen, Maschinen und Produkten wird Arbeitsplätze verschwinden

und neue entstehen lassen. Dabei dürfen wir nicht zusehen, sondern müssen als Landkreis mithelfen, dass dies ein erfolgreicher Wandel wird.

Bahnmobilität:

Bald wird sich neues, besseres Wagenmaterial auf den Schienen bewegen und der Ostalbkreis profitiert durch den neuen Personennahverkehrswegeplan. Die Ostalb braucht eine umsteigefreie, direkte Anbindung an den Flughafen Stuttgart, sowohl im Nahverkehr, aber insbesondere auch für Fernverkehrszüge. Als SPD setzen wir uns dafür und für eine weitere Elektrifizierung und Stärkung der Rems-, Jagst- und Brenzbahn ein, auf denen sich die Fahrgastzahlen hervorragend entwickelt haben. **Unser gutes Ziel: Schiene ausbauen, Straßen entlasten, ländlicher Raum stärken, nicht vernachlässigen!**

Verkehrsmobilität:

Zahlreiche Landstraßen konnten saniert oder neu gebaut werden. Ob in Bargau, Essingen, Heuchlingen, Schwäbisch Gmünd oder vielen anderen Teilen des Kreises, überall tut sich etwas. Die Umgehung Mögglingen kommt voran sowie der Ausbau Aalen/Essingen. Das sind Millionen Euro an Investitionen, die hier bei uns Arbeitsplätze schaffen und sichern. Ganz klar: Ziel von uns allen muss ein leistungsfähiger Verkehr in der Region werden. Ein durchgängiger, sinnvoller und ortsdurchfahrtsfreier Ausbau von Schwäbisch Gmünd über Aalen (mit dem Autobahnanschluss Aalen-Unterkochen), bis Nördlingen bleibt weiterhin dringend erforderlich. Wir hoffen, dass der Ausbau der B29 sowie der Ausbau der B29a in den „vordringlichen Bedarf“ aufgenommen werden. Das stärkt unseren innovativen Wirtschaftsraum und entlastet unsere Bevölkerung von krankmachendem Lärm und Verkehrsstaus.

Chancengleichheit

Das Büro für Chancengleichheit/Gleichstellungsbeauftragte ist derzeit unbesetzt. Die Gründe sind uns allen bekannt. Eine Wiederbesetzung ist dringend geboten.

Sobald sich Frau Diana Kurschat endgültig für den Geschäftsbereich Flüchtlingsbeauftragte entschieden hat, muss die Stelle ausgeschrieben und besetzt werden.

Deshalb fordert die SPD:

Antrag: Die Stabsstelle Chancengleichheit beim Geschäftsbereich Landrat wird umgehend besetzt, sobald Personalklarheit besteht.

Soziales

Für uns als SPD ist der Bereich Soziales innerhalb des Kreishaushaltes der wichtigste überhaupt. Nicht nur wegen der Höhe an Mitteln, sondern weil wir darin den Mehrwert, den Zusammenhalt, den Kitt für unsere Gesellschaft sehen. Für uns gilt das Solidarprinzip:

Schwächeren müssen wir helfen –**starke Schultern tragen mehr als die schwächeren**–. Gleich ob es Neuankömmlinge sind oder Menschen, die schon länger hier leben, wir setzen uns für die Schwächeren ein. Wir sind ihr Anwalt.

Armutsbericht:

Mit großer Sorge beobachten wir deshalb die Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Ostalbkreis. Diese steigt, trotz voller Auftragsbücher der Wirtschaft. Waren es im Jahr 2012 noch 5353, sind es im Jahr 2015 schon 5526. Das entspricht einem Anstieg von 3,2%. Die Zahl der Asylsuchenden ist noch nicht einmal vollständig dabei eingerechnet. Auf die Bedarfsgemeinschaften müssen wir unser Augenmerk lenken, denn daran hängen nicht nur Kosten, sondern vor allem einzelne, menschliche Schicksale. Ein zweiter Hinweis ist die steigende Altersarmut im Ostalbkreis. 3850 Rentnerinnen und Rentner sind auf einen Nebenverdienst angewiesen. Das sind 65% mehr als noch vor 12 Jahren. Die große Politik und die Kommunen sind gleichsam zum Handeln aufgefordert.

Aufgrund dieser Entwicklung stellen wir den Antrag:

Antrag: Fortschreibung des Armutsberichtes auf der Grundlage der veränderten Situation, um schnellstens Handlungskonzepte zu entwickeln. Danach soll halbjährlich ein Zwischenbericht gegeben

werden, um auf Veränderungen mit Konsequenzen zu reagieren.

Seniorenpolitische Konzept/Jugendpolitisches Konzept:

Positiv bewerten wir mit Ihnen das seniorenpolitische Konzept des Landkreises. Beeindruckend war die starke Teilnahme an beiden Workshops und zeigt die Notwendigkeit, hier die erfahrenen Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. Nicht zuletzt daran sehen wir den stattfindenden demografischen Wandel im Ostalbkreis. Das ist gut für das Miteinander der Generationen und muss unserer Ansicht nach im kommenden Jahr durch ein jugendpolitisches Konzept ergänzt werden. Wir wollen darin herausfinden, was die Jugend bei uns in der Region hält und was sie gehen lässt. Bedürfnisse und Interessen sollte die Verwaltung in diesem Konzept ermitteln.

Antrag: Die SPD-Fraktion fordert ein Jugendpolitisches Konzept. Was hält die Jugend, was zieht sie weg?

Sozialer Wohnungsbau:

Im Landkreis wurde der soziale Wohnungsbau in den vergangenen Jahren nicht so in den Fokus genommen, wie es nötig gewesen wäre. Die Warteliste für günstigen Wohnraum ist lang. Auf dieser stehen Alleinerziehende, finanzschwache Familien und Flüchtlinge.

Es braucht einen massiven Einsatz im sozialen Wohnungsbau. Trotz aller Eile dürfen wir Billigbauweisen nicht zulassen. Diese ist für die Mieter/innen und Vermieter/innen ökonomisch und ökologisch nicht zukunftsweisend.

Container-Lösungen für die Flüchtlingsunterbringungen müssen wir vermeiden, dezentrale Unterbringungen vorantreiben und „Slumbildungen“ verhindern. Diese Lösungen erschweren gute Integration und machen alles teuer. Billig ist nicht günstig. Wir beantragen deshalb:

1. Antrag: Der Landkreis gründet eine Wohnungsbaugesellschaft oder Wohnbaugenossenschaft in Zusammenarbeit mit den bestehenden Wohnbaugesellschaften mit dem Ziel, den sozialen Wohnungsbau im Ostalbkreis in die eigene Hand zu nehmen.

2. Antrag: Der Kreis erstellt in Abstimmung mit den Kommunen ein Konzept für ausreichenden, flächendeckenden sozialen Wohnungsbau für Bedürftige und Flüchtlinge.

Personal

Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD), Integration und Versorgung, wirtschaftliche Jugendhilfe, BPV, Gebäudemanagement, Gesundheitsamt und Jobcenter:

Die SPD Fraktion macht sich massive Sorgen um die Gesundheit der Beschäftigten im Landratsamt. Ständig steigen die Aufgaben und die Anzahl der Bearbeitungsfälle im Landkreis.

Das Personal im Landratsamt sowie im Jobcenter steht massiv unter Arbeits- und Zeitdruck. Um eine Überlastung auf Dauer zu vermeiden müssen die Stellen aufgestockt werden. Wir stellen daher folgende Anträge:

1. Antrag: Zur Arbeitsentlastung fordert die SPD Fraktion für die Bereiche: Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD), Integration und Versorgung, wirtschaftliche Jugendhilfe, Beistand-, Pflege-, Vormundschaften als erste Maßnahme die Einstellung von genügend Sozialarbeiter/innen sowie Schacharbeiter/innen. Danach soll die Personalsituation halbjährlich geprüft werden, ob damit die Überlast in den o.g. Bereichen abgebaut ist. Ist dies nicht der Fall, muss sofort weiter schnell und unkompliziert Personal eingestellt werden. Freiwerdende Stellen sind schnellstmöglich und kontinuierlich nach zu besetzen.

2. Antrag: Die Personalsituation im Gebäudemanagement, Gesundheitsamt und Jobcenter muss überprüft werden. Arbeitsbelastung und Arbeitszeit dürfen Normalwerte nicht überschreiten. Sind Überzeiten an der Tagesordnung muss sofort Personal eingestellt werden. Dem zuständigen Ausschuss ist halbjährlich Bericht zu erstatten. Muss gehandelt werden, sind entsprechende Maßnahmen zur Abhilfe vorzulegen.

Flüchtlinge

Herr, Landrat,

sie haben eine starke Haushaltsrede gehalten. Die SPD Fraktion begrüßt Ihre persönliche klare Haltung. Dieser Haltung haben Sie in ihrer Haushaltsrede Ausdruck verliehen und gesagt um was es im Wesentlichen geht:

„Wir müssen Zukunft wagen“.

Ich ergänze: Wir müssen vorausdenkend planen, Ängsten begegnen und Zukunft gestalten!

Ja, sage ich, das kann dieser Kreistag mit diesem Haushalt 2016 und den zusätzlichen Vorschlägen der SPD leisten! Natürlich wird es Probleme geben, aber auch Chancen. Auf diese Chancen und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft müssen wir setzen! Wir dürfen das unseren Bürgerinnen und Bürger zutrauen. Die riesengroße Zahl von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern lebt uns das vor.

Die Frage, wie wir mit den vielen flüchtenden Menschen umgehen, die zu uns kommen und wie wir diese in unseren freiheitlich demokratischen Staat langfristig integrieren, wird uns noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte beschäftigen. Alle sind gefordert. Und Herr Landrat, seien Sie sich sicher, bei diesem Thema steht die SPD-Fraktion fest an der Seite Ihres vorgelegten Konzepts!

Arbeit für Alle ist ein starker Integrationsfaktor. Nichts tun dürfen grenzt langfristig aus. Die Gesellschaft für Beschäftigung im Ostalbkreis, besser bekannt als GOB, hat uns schon einmal starke Dienste geleistet. Ich meine, jetzt ist es Zeit für eine GOB II. Wenn nicht jetzt, wann dann, meine ich.

Die SPD Fraktion stellt deshalb folgende Anträge:

1. Antrag: Bis Frühjahr 2016 wird geprüft, wie und bis wann eine GOB II - Integration - nach dem Vorbild der GOB I - eingerichtet werden kann. Ein tragfähiges Wirtschafts- und Beschäftigungskonzept ist zu entwickeln.

2. Antrag: Es wird eine Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Helfer eingerichtet, die den vielen Initiativen als Ansprechpartner für auftretende Probleme dient.

3. Antrag: Wir fordern einen Coach für Ehrenamtliche Helfer im OAK.

4. Antrag: Der Kreis wird beauftragt zu prüfen und umzusetzen, wie können Schülerpaten für jedes Flüchtlingskind organisiert werden. Im Herbst 2016 soll spätestens darüber im zuständigen Ausschuss berichtet werden.

„Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten“, sagte Willy Brandt.

Genau das müssen wir tun. Zukunft machen, die Dinge anpacken. Das ist unser Auftrag! Wir schaffen das. Der Ostalbkreis ist stark. Deutschland ist stark.

Menschen in Not, die vor Terror und Krieg fliehen, können sicher sein, dass sie in Deutschland und im Ostalbkreis eine Stätte der Zuflucht finden.

Und niemand, auch niemand hier im Kreistag, sollte diese bestialischen Verbrechen benutzen um hier bei uns Stimmung gegen Hilfesuchende zu machen. Asylsuchende sind Opfer und keine Täter. Terror, Krieg und Hunger sind Ursachen und nicht die Folge dessen, dass viele zu uns kommen.

Unsere Antwort auf den Terror muss sein, den Opfern Schutz zu bieten.

Lassen Sie uns Herr Landrat, meine Damen, meine Herren von CDU, Grüne, Freie Wähler, Linke und FDP das nach außen gemeinsam laut sagen und den Hasserfüllten und den Angstmachern kraftvoll entgegentreten und zusammen klar machen, dass wir Zukunft gestalten wollen!

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.